

BERICHTE AUS DEM AUSLAND

POLITISCHER BERICHT AUS BRÜSSEL

Christian Forstner
Leiter der Verbindungsstelle Brüssel

Nr. 6 /2016 – 22. März 2016



IMPRESSUM

Herausgeber	Copyright 2016, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel.: +49 (0)89 1258-0, E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich	Ludwig Mailinger Leiter des Büros für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau, Athen / Internationale Konferenzen Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Tel.: +49 (0)89 1258-202 oder -204 Fax: +49 (0)89 1258-368 E-Mail: mailing@hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Berichtes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Terror in Brüssel

Wir saßen bei Carnegie zur Frühstücksrunde im kleinen Kreis und machten uns Gedanken über strategische Entwicklungen in Europa. Der Zufall wollte es, dass wir gerade über die unterschiedlichen Sicherheitsperzeptionen in den Mitgliedsstaaten sprachen. Während für Deutschland die Migrationskrise im Mittelpunkt steht, sorgt man sich in Polen ob der neo-revisionistischen russischen Außenpolitik. Frankreich hingegen stand seit November 2015 im Schock der Terroranschläge und beobachtete leicht irritiert, dass die Terrorbedrohung in anderen EU-Ländern offensichtlich nicht so ernst genommen wurde.

Die Nachricht von den Terroranschlägen in Brüssel sprach sich langsam herum in dieser morgendlichen Think Tank Runde. Die Informationen über das Ausmaß der Attacke liefen nur spärlich über die Ticker, die Runde tagte weiter, einzelne Botschafter telefonierten mit ihren Hauptstädten und verließen die Veranstaltung verfrüht, aber keineswegs hektisch. Erst allmählich wurde die Dimension der Bombenexplosionen in Europas Hauptstadt klar. Brüssel war Anschlagziel einer koordinierten Terroraktion geworden, Bomben explodierten am Flughafen und in einer voll besetzten U-Bahn im Europaviertel, 34 Tote sind zu beklagen.

Nach dem Anschlag in der Metro wurden zentrale Straßen und Tunnel gesperrt, der öffentliche Nahverkehr ausgesetzt und öffentliche Veranstaltungen im Europaviertel abgesagt.

Routine im Lock-Down

Brüssel hat Erfahrung im Lock-Down, es wiederholte sich die Situation vom letzten Herbst im Gefolge der Pariser Attentate, allerdings mit dem Unterschied, dass das städtische Leben nicht gänzlich zum Stillstand kam. Büros, Behörden und Schulen wurden nur kurzzeitig geschlossen, man ging zu Telearbeit über und verschob öffentliche Sitzungen. Was wie Routine anmutet, wirkt aber im tagesaktuellen Krisenmanagement keineswegs so überzeugend. Zwischen dem Bombenanschlag am Flughafen Zaventem und der Explosion in der U-Bahn vergingen über 60 Minuten, in denen es keine allgemeine Terrorwarnung gab, obgleich zurückliegende Terrorattacken nahelegten, dass Terroristen an mehreren Orten einer Stadt gleichzeitig aktiv werden können.

Die erhöhte Terrorwarnstufe in Belgien hatte zwar nach den Anschlägen in Paris zur sichtbaren Präsenz bewaffneter Sicherheitskräfte an öffentlichen Plätzen geführt, Soldaten mit Maschinengewehren patrouillierten an Bahnhöfen und sicherten den Eingangsbereich öffentlicher Gebäude. Es gab aber keine präventiven Sicherheitskontrollen im öffentlichen Raum wie Metalldetektoren oder Spürhunde. Besorgte Eltern meldeten aus Schulen, dass man zwar Evakuierungspläne überarbeite, jedoch keine zusätzlichen personellen Sicherheitsmaßnahmen ergriffen habe. Terroranschläge werden sich nie ganz ausschließen lassen. Aber es scheint offensichtlich, dass man in Brüssel über verbesserte Sicherheitsvorkehrungen nachdenken und diese dann auch einführen muss. Das Einchecken am Flughafen wird länger dauern, Grenzkontrollen nehmen zu, die Überprüfung verdächtiger Personen muss bereits während der Zufahrt zu den Knotenpunkten erfolgen.

In den Tagen vor den Bombenanschlägen ließ man sich in Brüssel noch für die Festnahme des mutmaßlichen Pariser Attentäters Salah Abdeslam feiern, der den Fahndern durch eine auffällige umfangreiche Pizzabestellung in einer überwachten Wohnung ins Netz ging. Bei einer Razzia in einem Brüsseler Vorort war Salah Abdeslam zuvor noch entwischt, kurz danach wurde er im Brüsseler Stadtteil Molenbeek, einer inzwischen europaweit bekannten Islamisten-Hochburg, gefasst. In Molenbeek war Salah Abdeslam zu Hause, dort wohnte seine Familie, dort konnte er sich auf sein informelles Netzwerk aus terroristischen Gesinnungsgenossen und gewaltbereiten Extremisten stützen. Diese Hintergründe relativieren den Erfolg der Festnahme dieses gesuchten Terroristen. Vielmehr müssen sich belgische Sicherheitsbehörden kritischen Fragen danach stellen, was man bei den operativen Sicherheitsmaßnahmen wie beim Einschleusen von Spitzeln oder bei den De-Radikalisierungsprogrammen für islamistische Rückkehrer verbessern kann. Haben Belgiens Geheimdienste genug Informanten in der Szene, gibt es Elektriker, Pizza-Boten, Sanitärmeister und Schornsteinfeger, die von den Sicherheitsexperten dafür gewonnen werden, ihnen einen besseren Einblick in die Untergrundnetzwerke zu verschaffen?

Zeitenwende in Belgiens Terrorbekämpfung

Seriöse Schätzungen gehen von mehreren Hunderten islamistischen Kämpfern in Belgien aus, was die Terrorgefahr in Brüssel auf einer konstant hohen Stufe halten wird. Unkontrol-

lierte Zuwanderung, ausbleibende Erfolge bei der sozialen, gesellschaftlichen und politischen Integration sowie Brüsseler Verwaltungsschwäche und Reibungsverluste im belgischen Föderalismus schufen Raum für sich verselbständigende Parallelgesellschaften. Der Datenaustausch zwischen innerstädtischen Behörden wurde restriktiv gehandhabt, so dass die Polizeibehörden keinen Zugriff auf das Melderegister der Gemeinden hatten. Die Radikalisierung in den Sub-Milieus hatte eine Eigendynamik entwickelt, denn Belgien hatte den Islam-Unterricht an Moscheen weitgehend in dritte, saudisch-wahhabitische Hände gelegt und dadurch die Kontrolle über die Islam-Lehre verloren.

Belgiens Justiz muss die Balance zwischen liberaler Resozialisierungs- und abschreckender Sanktionspolitik wieder finden. Viele extremistische Gewalttäter sind polizeibekannt und vorbestrafte Wiederholungstäter, sie verübten Auto- und Wohnungseinbrüche, stahlen Handtaschen und Handys, dealten mit Drogen und waren in Schlägereien verwickelt. Sie kamen aber immer ungeschoren davon, viele Richter drückten beide Augen zu, anstelle rechtzeitig: „Halt, so nicht!“ zu rufen. Diese falsch verstandene liberale Justiz muss jetzt wieder ins Lot kommen.

Auch Belgiens Gesellschaft neigt zu einer sehr toleranten Interpretation von Nachbarschaftsbeziehungen, das Private ist heilig, Familie und Privatleben sind weitgehend sakrosankt. Diese Toleranz geht aber häufig in Gleichgültigkeit über, die Konsequenz ist, dass die soziale Kontrolle verlorenght. Die Belgier werden sich umstellen müssen, um auch aus der Mitte der Gesellschaft heraus den Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen. Nicht wegschauen, sondern hinschauen muss es zukünftig heißen. Offene Augen für die Nachbarschaft sind nicht gleichbedeutend mit Intervention in die Privatsphäre.

Jüngst machte der vielbeachtete belgische Kinofilm *Black* auf die ethnischen Spannungen zwischen Nordafrikanern und Zentralafrikanern aufmerksam, neue Migranten kämpfen gegen alteingesessene Gruppen mit Wurzeln im belgischen Kolonialismus. Beide Gruppen eint ihre Gewaltbereitschaft, ihre kriminelle Energie und ihr Gefühl, sozial und wirtschaftlich deklassiert zu bleiben.

Gesamteuropäische Konsequenzen

Belgiens Terrorproblem ist ein gesamteuropäisches Risiko. Die Hinweise, dass Salah Abdeslam terroristische Mitstreiter in Ulm rekrutierte oder in Österreich kontrolliert wurde, verweisen auf transnational operierende und schlagkräftige Netzwerke. Deutschland mag bislang noch Glück gehabt haben, nicht selbst Opfer verheerender terroristischer Anschläge geworden zu sein. Innere Sicherheit ist zuvorderst eine nationalstaatliche Aufgabe. Doch die Konsequenzen einer unzureichenden Terrorismusbekämpfung haben alle zu tragen. Die Pariser Anschläge läuteten eine Zeitenwende in Europas terroristischer Bedrohung ein. Keiner darf sich heute sicher fühlen und die Terrorgefahr unterschätzen. Und es greift zu kurz, die Terrorbekämpfung auf technologische Überwachungsinstrumente zu fokussieren. Präventive Maßnahmen müssen verstärkt werden, was nur mit Manpower geht. Radikalisierung muss man in den gesellschaftlichen Nischen bekämpfen und nicht erst nach der Telefonüberwachung strafrechtlich sanktionieren. Insbesondere geht es jetzt um eine verbesserte Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste. Dies gilt in erster Linie für den Austausch von sicherheitsrelevanten Informationen. Datensilos, wie von Thomas de Maiziere heftig kritisiert, darf es weder in den Mitgliedsstaaten noch bei den EU-Behörden länger geben. Unvernetzte Dateien bei den Ausländerbehörden, den Visa-Behörden, den Polizeibehörden, den Nachrichtendiensten, so der deutsche Innenminister, könne man sich sicherheitstechnisch nicht länger leisten. Die Terrorgefahr in Europa war lange eine Angelegenheit für betroffene Staaten, seit dem 22. März ist der Terror im Brüsseler Europaviertel direkt angekommen.
